

Vergangenheitsbewältigung von Behörden und Unternehmen

Norbert Frei und Jörg Thadeusz

In einem Zwiegespräch zwischen Jörg Thadeusz (rbb) und Professor Dr. Norbert Frei, Mitautor der Studie „Das Amt und die Vergangenheit“ und Lehrstuhlinhaber für Neuere und Neueste Geschichte an der Friedrich-Schiller-Universität Jena, ging es unter anderem um die Frage, ob Institutionen wie die Rentenversicherung als selbstverwaltete Sozialversicherung aus der NS-Vergangenheit für die Zukunft lernen können.

Jörg Thadeusz: 2002 ist der von Ihnen mitverfasste Abschlussbericht über die Zeit des Nationalsozialismus bei Bertelsmann erschienen. Entstanden ist er, weil es öffentlichen Druck gab. Bertelsmann hat längere Zeit von sich behauptet oder billigend in Kauf genommen, dass in Umlauf gebracht wurde, Bertelsmann sei ein Widerstandsverlag gewesen und deshalb im Zweiten Weltkrieg auch geschlossen worden. Dann stellte sich heraus, dass das gar nicht der Fall war. Für etwa 20 Konzerne, Behörden und Parlamente wurde und wird die NS-Geschichte untersucht. Ist der öffentliche Druck noch immer da? Ist das der Grund dafür, dass immer noch so viel untersucht wird?

Norbert Frei: Es hat sich einiges getan, seitdem wir 2010 mit der Studie über das Auswärtige Amt heraustraten. Im Anschluss daran gab es eine überraschend intensive Auseinandersetzung mit dem Thema der personellen und institutionellen Kontinuitäten von der NS-Zeit in die Bundesrepublik. Die neuere sogenannte Behördenforschung schlägt jetzt weniger große Wellen. Der Fall Bertelsmann lag anders: Damals übte die beginnende Globalisierung Druck auf deutsche Unternehmen aus, die weltweit aktiv werden wollten. Als Bertelsmann das amerikanische Verlagsimperium Random House übernahm, war es nicht verwunderlich, dass dessen Mitarbeiter wissen wollten, wer Bertelsmann ist. Wenn in einer solchen Situation ein Journalist kommt und erklärt, dass einfach nicht zutrifft, was der Vorstandsvorsitzende über Bertelsmann im „Dritten Reich“ gerade behauptet hat – ein kleiner theologischer Verlag im Ostwestfälischen, der wegen seiner christlich motivierten Widerspenstigkeit verboten wurde, während man tatsächlich zu den Kriegsgewinnern zählte –, dann hat man Probleme. Der Journalist musste dafür übrigens gar nicht groß recherchieren. In den fünfziger Jahren nämlich hatte der *Spiegel* eine große Geschichte über Heinrich

Mohn gebracht, den Vater von Reinhard Mohn und Chef des Hauses während der NS-Zeit. Dort stand das alles ziemlich genau, nur wurde es damals noch mit post-volksgemeinschaftlichem Stolz erzählt. Unabhängig davon entstand wegen der 1944 ganz anders motivierten Schließung des Verlags über die Jahrzehnte eine Widerstandslegende, an die am Schluss alle glaubten. So auch Thomas Middelhoff, der damalige CEO von Bertelsmann, der den neuen Mitarbeitern in New York erklärt hatte, aus welcher wunderbaren Tradition Bertelsmann komme. Als sich das als unhaltbar erwies, beschlossen Middelhoff und Reinhard Mohn, dass man dem jetzt entstandenen Imageproblem wohl nur noch durch eine Unabhängige Historikerkommission bekommen könne. So kam das Projekt in Gang. Am Ende blieb von der Legende nichts mehr übrig.

Jörg Thadeusz: Wie kann das eigentlich sein? Die Mitarbeiter im Auswärtigen Amt haben erzählt, sie seien eine Insel der Immunen gewesen, anständige, ehrbare Leute. Eine Elite, die mit dem „Nazi-Pöbel“ nichts zu tun hatte. Die Mitarbeiter in Gütersloh haben sich ausgedacht, sie waren theologischer, religiöser Widerstand. Hier wie dort muss klar gewesen sein, dass das nicht haltbar ist. Das ist keine gute Legende, an der man festhalten kann. Wie kann das sein, dass diese Legenden einfach weiterverbreitet wurden?

Norbert Frei: Das darf man sich nicht als eine bewusste Entscheidung vorstellen, dass Menschen ab einem Punkt anfangen, eine Legende zu bauen. Solche Dinge entwickeln sich. Das hat sehr viel mit der post-nationalsozialistischen deutschen Gesellschaft der späten 1940er und 1950er Jahre zu tun. Es hat auch damit zu tun, dass die Alliierten einen ernsthaften und bis heute kleingeredeten Versuch einer umfassenden politischen Säuberung in Deutschland nach 1945 unternommen haben, mit Militärgerichtsverfahren, Nürnberger Prozessen, Entnazifizierung, Internierung von Funktionseliten usw. Die Deutschen sind nach dem 8. Mai 1945 durch eine Phase gegangen, in der sie, von außen veranlasst, dazu gezwungen wurden, Rechenschaft abzulegen, was sie selbst konkret in der NS-Zeit getan hatten. Aus dieser Erfahrung speiste sich dieses bald verbreitete gesellschaftliche Bedürfnis, einen „Schlussstrich“ zu ziehen. Die ersten entsprechenden Forderungen waren schon 1946 in der Presse zu lesen. Mit Gründung der Bundesrepublik ist dann die gewissermaßen kollektive Erwartung an die politische Spitze, auch dafür zu sorgen, dass mit allen Formen der Entnazifizierung Schluss gemacht wird. Man will „Ruhe und Frieden“ nach einer Phase der „Wirrungen und Irrungen“, die in der Wahrnehmung der Deutschen in der zweiten Kriegshälfte, als der Krieg nach Hause kam, begonnen hatte und eigentlich erst 1948/49 mit der Währungsreform und der Gründung der beiden deutschen Staaten abgeschlossen war. Es wurde also die Phase der Säuberungspolitik mit der Kriegszeit vermengt – auch, um von Schuld und Mitverantwortung abzulenken. Dem diente auch die – wie ich es mal genannt habe – „Erfindung“ der Kollektivschuldthese. Das ist die Behauptung, die Alliierten seien nach 1945 davon

ausgegangen, dass ausnahmslos alle Deutschen schuldig geworden seien. Indem man gegen diesen unterstellten Kollektivschuldvorwurf agitierte, ließ sich bequem von individueller Schuld ablenken. Und anfangs ist es tatsächlich nur eine ganz kleine kritische Minderheit, die sagt, dass man das so nicht machen kann.

Jörg Thadeusz: Wenn Sie sagen, bei Bertelsmann war der öffentliche Druck höher und beim Buch über das Auswärtige Amt pulsierte die Diskussion auch noch einmal für Sie unerwartet: Jetzt gibt es 20 Arbeiten, die teilweise abgeschlossen, teilweise noch im Gange sind. Heißt das dann nicht, dass dann danach wirklich Schluss ist? Ist das dann ausgeforscht? Kann das erreicht werden?

Norbert Frei: Die Vorstellung, dass an irgendeinem Zeitpunkt die Geschichte ausgeforscht wäre, ist absurd. Dann dürfte es keine Alte Geschichte und keine Lehrstühle mehr dafür geben. Die Auseinandersetzung mit geschichtlichen Zusammenhängen ist ganz generell ein unabsließbarer Prozess. Erkenntnistheoretisch kann man das sehr schön zeigen. Die Fragen, die wir heute an die römische Geschichte stellen, sind andere als zu Theodor Mommsens Zeiten. Die Fragen, die wir heute an die NS-Geschichte haben, sind anders, als die erste Generation der empirischen Zeithistoriker in den 1950er und 1960er Jahren sie gestellt hat. Gewiss, es gibt eine Fülle von Forschung über die NS-Zeit; sie gehört zu den besterforschten Perioden in der Geschichte. Und trotzdem: Unsere Fragen verändern sich mit unserer Gegenwart, und vor diesem Hintergrund der Veränderung unserer eigenen Perspektive kann man doch ziemlich sicher sein, dass uns weiteres einfällt, was uns an der NS-Zeit weiterhin interessiert und vielleicht auch den Akzent verschiebt gegenüber dem, wie man noch vor 20 Jahren darüber gedacht hat.

Jörg Thadeusz: Unterscheidet sich die Forschungsarbeit in Unternehmen von der in einer Behörde wie dem Auswärtigen Amt, zum Beispiel in der Zugänglichkeit oder der Kooperationsbereitschaft?

Norbert Frei: Ja, das hat sich sehr unterschieden. Als wir als Unabhängige Historikerkommission bei Reinhard Mohn auftauchten, hat er uns als erstes erklärt, ihn interessiere Geschichte nicht, er blicke nur nach vorne. Er war damals knapp 80 Jahre alt. Dann fragten wir nach dem Hausarchiv. Die Gegenfrage lautete, was das denn sein sollte. Später wurden wir in eine Tiefgarage geführt. Dort gab es einen Blechschränk, in dem der Weltkonzern Bertelsmann seine historisch wichtigen Dokumente aufbewahrte. Dazu zählten nach deren Verständnis zum Beispiel die Lizenzurkunde, ein paar alte Fotos und, wenn ich es richtig erinne, ein paar Schriftstücke seines Vaters Heinrich Mohn. Mit anderen Worten, es war überhaupt nichts da. Dann erfuhren wir, dass die Registraturen der Konzernzentrale stets sofort kassiert werden, wenn das betrieblich sinnvoll und gesetzlich erlaubt ist. Aber gerade es gebe ein Lager mit sehr vielen Leitz-Ordnern, die darauf warteten, geschreddert zu werden. Daraufhin haben wir eine Gruppe

von Studenten aus Bochum hingeschickt, die tagelang damit beschäftigt waren zu prüfen, ob sich in diesen Leitzordnern historisch Relevantes befand. Es war dann so gut wie nichts drin, aber ein wenig Material haben wir gefunden. Alles andere kam später aus staatlichen Archiven. Ich will damit sagen: Das historische Bewusstsein, der Sinn für die Geschichte des eigenen Unternehmens war in einem Weltkonzern wie Bertelsmann Anfang der 2000er Jahre gleich Null.

Jörg Thadeusz: Wie war dann die Reaktion, als ihr Ergebnis vorlag? 2000 gab es den Zwischenbericht, 2002 den Endbericht. Da wurde kein Stein auf dem anderen gelassen.

Norbert Frei: Na ja, damals war man im Konzern immerhin schon soweit überzeugt, dass sie unsere Ergebnisse angenommen und auch innerhalb der Belegschaft mit eigenen Veranstaltungen kommuniziert haben. Unser wichtigster Erfolg war, dass wir gesagt haben, alles von uns zusammengetragene Material muss öffentlich zugänglich archiviert werden. Tatsächlich ist das dann der Grundstock des Bertelsmann-Unternehmensarchivs geworden. Eine vormalige Mitarbeiterin unserer Kommission wurde dort angestellt und ist heute dessen Leiterin. Ich glaube, jetzt ist man ganz stolz auf diese Einrichtung und darauf, dass zur Corporate Identity auch die Unternehmensgeschichte gehört.

Jörg Thadeusz: Beim Auswärtigen Amt war das anders. Joschka Fischer hatte entschieden, dass Personen, die in Kontinuität zu dem nationalsozialistischen Regime standen, nicht mehr ehrenvoll erwähnt werden. Daraufhin gab es einen großen Streit und dann kam die Arbeit der Historikerkommission. Diese stellte dann fest, dass auch dort nichts von der aufgebauten Legende, des Selbstverständnisses stimmte. Da musste die Kooperation doch größer gewesen sein?

Norbert Frei: Die Situation im Auswärtigen Amt ist eine besondere insofern, als dass es die einzige Bundesbehörde in Deutschland ist, die über ihr eigenes Archiv verfügt und nicht dem Bundesarchivgesetz in dem Sinne unterliegt, dass sie ihre Akten an das Bundesarchiv abgeben müsste. Das ist ein großes Privileg aus Zeiten der Gründung des Auswärtigen Amtes: Staatsverträge müssen jederzeit in einer Krisensituation oder auch sonst schnell zugänglich sein. Das Politische Archiv des Auswärtigen Amtes war unsere erste und wichtigste Quelle. Da haben wir auch unsere Kämpfe führen müssen, und da musste sich auch Außenminister Steinmeier einschalten.

Jörg Thadeusz: Wie ist das mit dem Zurückhalten von Daten, wenn da jemand im Archiv saß und sie auf Quellen oder Dokumente zurückgreifen wollten. Mit welcher Begründung konnte dieser Mensch, der zu dieser Zeit gar nicht im Auswärtigen Amt gedient haben kann, ihnen sagen, das möchten wir Ihnen doch nicht geben?

Norbert Frei: Das haben wir natürlich von niemandem so gesagt bekommen. Aber sie konnten vom ersten Tag an spüren, dass das Auswärtige Amt ein hohes Korpsbewusstsein hat und sein Archiv mit dem, was die politische Leitungsebene will, reserviert umgeht. Hinzu kommt, was man von vielen Archiven kennt, auch wenn sich die Dinge sehr gebessert haben, seit ich für meine Dissertation zum ersten Mal ins Bundesarchiv kam: Die Vorstellung, dass ein staatliches Archiv eine Serviceeinrichtung ist, das ist etwas, was erst in die Gehirne der Archivare hineingeträufelt werden musste. Das war nicht immer so. Lange galt, wie bei den Bibliothekaren, der Benutzer als der natürliche Feind, der nur Unordnung macht und Schmutz. Ein neues Verständnis ist da erst in den letzten zwei, drei Jahrzehnten langsam gewachsen.

Was nun das spezifische Selbstverständnis des Auswärtigen Amts und seines Politischen Archivs angeht, so muss man sagen, dass die politische Führung über verschiedene Minister hinweg dieses Sonderbewusstsein genährt hat. Walter Scheel hat zum Jubiläum des Auswärtigen Amts 1970 eine Festschrift bewortet, in der er ankündigte, dass demnächst dessen Geschichte unter die Lupe genommen werde. Passiert ist nichts. Das war eine lange Tradition der Verzögerung und Stilisierung. Und wie das dann so geht: Je länger man sich gegenseitig erzählt, dass das gesamte Auswärtige Amt im Widerstand war, umso mehr glaubt man das auch selbst und kann es dann im Brustton der Überzeugung an die Nachfolgenden weitergeben. Da komme ich zurück auf Ihren Punkt: Die vielleicht größte Lernerfahrung ergab sich für mich im Umgang mit jenen AA-Mitarbeitern, die sozialisiert worden waren von den zurückgekehrten Beamten, die auch schon in der NS-Zeit im diplomatischen Dienst gewesen waren. Die jungen Angehörigen des Auswärtigen Amts der fünfziger und sechziger Jahre haben diese von uns dann später untersuchten Personen als gute Chefs erlebt, die sich in der Frühgeschichte der Bundesrepublik für die Adenauersche Außenpolitik eingesetzt haben. Das war natürlich nicht weiter verwunderlich, sie konnten ja schlecht NS-Außenpolitik unter Adenauer machen wollen. Auf diese Idee kam nur die DDR, die stets in Richtung einer solchen Kontinuität agitiert hat, noch stärker mit Blick auf die Juristen. In der Tat ist hier also ein Anpassungsprozess zu beobachten, bei dem sich diese NS-Belasteten in die Demokratie einfinden. Und wenn man deren Zöglinge dann damit konfrontiert, dass das alles nicht so toll war, wie sie das gehört oder erlebt haben, dann entstehen nachträgliche Solidarisierungsprozesse, die ganz frappant sind.

Jörg Thadeusz: Bleiben wir mal bei diesem Punkt Kontinuität – Diskontinuität. Wenn ich als Journalist hingehe – und das haben auch einige gemacht – und sage, da ist der eine im Auswärtigen Amt, der war bei der SS und dann taucht er 1956 wieder auf, 1963 macht er einen Karrieresprung usw. Dann sage ich ja über den Mann meistens noch nichts. Sie haben gerade selber gesagt, NS-Außenpolitik konnte logischerweise unter Adenauer keiner machen. Niemand würde auf

den Gedanken kommen, dass Hans-Dietrich Genscher Nazi-Außenpolitik gemacht hat. Ist das schon eine Kontinuität, wenn man den Personen nur nachweisen kann, dass sie damals bei den Nationalsozialisten dabei gewesen waren und jetzt woanders sind? Oder muss man da nicht die Personen, jeden Einzelnen ansehen und sagen, was die „Stunde Null“ für ihn bedeutet hat? Was hat für ihn die Tatsache bedeutet, dass die Verbrechen irgendwann allen vor Augen waren?

Norbert Frei: Das ist in der Tat der Punkt der sogenannten Behördensforschung, der nicht erst seit gestern, aber doch in den letzten Jahren am meisten diskutiert wird: Bloß nachzuprüfen, wer wann in die NSDAP oder in die SS eingetreten ist, reicht nicht. Es genügt nicht, nur auf formale Belastungen zu schauen, sondern es muss um die Inhalte gehen. Aber ich würde sagen, dass die institutionengeschichtliche Forschung eigentlich von Anfang an versucht hat zu fragen, was es denn zum Beispiel bedeutete, dass das Auswärtige Amt 1938 einen so hohen Grad an NSDAP-Parteigenossen in den eigenen Reihen hatte. Oder was es heißt, dass die Zahl der formal belasteten im Auswärtigen Amt der frühen Bundesrepublik zeitweise höher war als unter Ribbentrop? Das sind erstmal Zahlen, die nicht bestreitbar sind und auch schon in den 1950er Jahren kritisiert wurden. Wir müssen fragen, gibt es spezifische Prägungen, gibt es etwas spezifisch Nationalsozialistisches, was diese einzelnen Figuren dann in die Nachkriegszeit mitgenommen haben. Gibt es Mentalitäten, gibt es Überzeugungen, Ressentiments, die sich nach 1945 oder nach Gründung des Auswärtigen Amtes 1951 dann auch wiederfinden. Und da ist die Antwort sehr viel schwerer. Da muss man dann in die Sachpolitik hineinschauen, und das konnten wir im Rahmen der Studie über das Auswärtige Amt – wir hatten drei Jahre – nur ansatzweise machen. Aber die Forschung geht ja weiter, und auch aus dem AA-Projekt sind Dissertationen hervorgegangen, ebenso wie in anderen Bereichen der sogenannten Behördensforschung.

Es geht also nicht darum, wie das manchmal gesagt wird, braune Fliegenbeine zu zählen, sondern es geht am Ende um die qualitative Frage, was bedeutet die festgestellte Kontinuität. Wobei es ja keine totale Kontinuität war: Ich habe vorhin auf die Bedeutung der Zwischenphase der politischen Säuberung hingewiesen. Auch wenn es immer heißt, die Entnazifizierung sei gescheitert: Wir dürfen die Bedeutung der Zäsur nicht unterschätzen. Sie hat auf die Individuen eine Wirkung gehabt – und sei es nur, dass sie sich als Beamte fortan politisch zurückhielten – nach dem Motto: Wir haben uns einmal die Finger verbrannt. Das war in der Transformationsphase wichtig, als es darum ging diese eben noch hochgradig NS-integrierte Volksgemeinschaft und ihre Funktionseliten in die von außen gestiftete Demokratie der Bundesrepublik zu überführen. Da sind auch opportunistische Selbstanpassungsprozesse funktional. Insofern lässt sich festhalten, dass wohl kaum jemand aus dem Nationalsozialismus unverändert herauskommt und nach der Periode der politischen Säuberung unverändert

dert in der Bundesrepublik ankommt. Diese Anpassungsprozesse nachzuvollziehen, bleibt aufschlussreich.

Jörg Thadeusz: Ohne jetzt widersprechen zu wollen, möchte ich noch einmal von der anderen Richtung fragen. Nehmen wir einmal an, ich wäre Ihr Doktorand und würde zu Ihnen sagen: „Herr Professor Frei, sie können doch nicht von mir erwarten, dass ich mir jetzt wirklich Gedanken darüber mache, wenn da einer von der SS ins Auswärtige Amt gekommen ist oder von der SS in einem Sozialversicherungsapparat untergebracht wurde. Da muss ich doch nicht mehr darüber reden, das ist doch klar, was das für eine Person ist. Wer sich der SS angeschlossen hat, hat sich einem extremen Kult verschrieben. Das ist alles andere als ein hippiehafter Charakter und da ist die Messe eigentlich gesungen“. Was würden Sie mir dann sagen?

Norbert Frei: Da würde ich Ihnen sagen, dass auch mit Blick auf Heinrich Mohn, um noch einmal auf Bertelsmann zurückzukommen, darauf hingewiesen worden ist, dass er zwar nicht Parteimitglied war und sich auch ansonsten erkennbar protestantisch-distanziert verhalten hat, aber Förderndes Mitglied der SS wurde. Als wir die Arbeit damals machten, wusste man noch gar nicht genau, was das bedeutete. Förderndes Mitglied der SS zu sein hieß, dass man dem Freundeskreis Heinrich Himmler beitrat, jährlich ein bisschen Geld spendete, aber dann auch exklusive Einladungen bekam: Zum Beispiel, doch einmal dieses vorbildhafte Konzentrationslager Dachau zu besuchen, an einem Herrennachmittag, wo man hinterher noch im schönen Hotel zusammensitzt. Das war so eine der „Deluxe“-Veranstaltungen, die der Freundeskreis machte. Aber war Heinrich Mohn je dabei? Das konnten wir nicht eruieren. Mit anderen Worten, was eine bestimmte Mitgliedschaft bedeutete, ist nicht einfach zu sagen. Jemand kann nicht in der NSDAP gewesen und trotzdem ein Nationalsozialist reinsten Wassers gewesen sei. Er kann aber auch 1933 Jahren eingetreten sein, um seine ansonsten unspektakuläre Beamtenkarriere zu machen. Das bloße Faktum einer Mitgliedschaft sagt also noch wenig, und es ist eben noch nicht schon alles gesagt, wenn sie nachweisen können, dass es im ehemaligen Berlin Document Center, dem heutigen Bundesarchiv, eine Karteikarte über diesen oder jenen gibt. Im Zuge der neueren Forschungen über die NS-„Volksgemeinschaft“ haben jüngere Kollegen zurecht die Frage aufgeworfen: Wer waren eigentlich die Nationalsozialisten? Was bedeutet das es, Nationalsozialist zu sein? Das ist nicht leicht zu beantworten.

Allerdings glaube ich, dass wir die Vorstellung aufgeben müssen, dass der Nationalsozialismus und die Nationalsozialisten das eine gewesen sei und das andere das deutsche Volk. So als hätten braune Männchen vom Mars Deutschland besetzt und seien dann nachher einfach wieder weg gewesen. Ich plädiere dafür, sich den Nationalsozialismus in gewisser Weise als ein offenes Angebotssystem vorzustellen. Das klingt jetzt vielleicht merkwürdig, aber es handelte sich um

ein politisches Projekt, in das sich viele einschreiben und in dem sie Karriere machen konnten. Es ging auch um Selbstmobilisierung: Nehmen sie nur die Besatzungspolitik und wie viele Karrierechancen in Osteuropa damit verbunden waren. Die Nationalsozialisten brauchen die Funktionseliten, und die ließen sich in diesem Sinne anwerben, einkaufen. Natürlich sagten die dann: Wir sind keine Nationalsozialisten, wir machen einfach unsere Sache weiter. Das war auch bei der Rentenversicherung so; ich nehme an, dass im Rahmen dieser Veranstaltung darüber gesprochen wurde. Zumal dann hinterher hieß es von Seiten der Funktionseliten, man habe seine Sachen gemacht und die spezifisch nationalsozialistischen Zumutungen so gut es eben ging draußen gehalten. Aber genau nach diesem Arbeitsprinzip hat das Regime lange gut funktioniert. Indem die Funktionseliten sich einreden konnten, nach ihren Kriterien Ordnung zu schaffen, für rassenhygienisch bessere Verhältnisse zu sorgen, die Expansion nach Osten voranzutreiben und so weiter, und so fort – und bei alledem die eigene Karriere im Blick zu halten.

Jörg Thadeusz: Bleiben wir bei der Sozialversicherung. Sie haben gerade das Beispiel der unspektakulären Beamtenkarriere gebracht. Nehmen wir einmal an, ich wäre damals tatsächlich jemand gewesen, der eine vergleichsweise unspektakuläre Beamtenkarriere macht. Dann durfte ich zwischendurch z. B. mehr Personen in die Rente lassen, andere sind mit mehr Zuwendungen reicher bedacht worden. Ich hätte dadurch auch das Gefühl haben können, ich bin mitnichten, vor allem nicht ideologisch durch die Nazis kontaminiert, sondern ich habe einfach mehr zu tun. Ich muss meinen Job vernünftig machen. Ich bin sogar geforderter als die Mitarbeiter vor mir, weil heute für Personen, die einen Rentenan spruch haben, mehr gemacht wird als vorher.

Norbert Frei: Ja, der Nationalsozialismus war eine Leistungsgesellschaft. Leistung war ganz großgeschrieben. Das galt nicht nur in den rassenhygienischen Zusammenhängen, sondern auch in Bürokratien. Es fand eine unerhörte Mobilisierung statt, und zwar auch schon vor dem Krieg. Das sehen Sie zum Beispiel daran, dass so viele junge Arbeiter nach den Erfahrungen der Weltwirtschaftskrise der Sozialdemokratie von der Stange gegangen sind und viele schon bald, 1935/36, den Nationalsozialismus als attraktives Angebot wahrnahmen – wie die Sozialdemokraten im Exil erbittert feststellen mussten. Man hat sich nicht nur arrangiert, sondern auch angefangen, sich zum Beispiel für die Angebote der Deutsche Arbeitsfront (DAF) zu interessieren. Wenn man ein „rassereiner“, „erbgesunder“ Deutscher war, musste man bis weit in den Krieg hinein nicht unbedingt Angst vor diesem Regime und seinem rassistischen Referenzrahmen haben. Freilich, wenn in der Verwandtschaft jemand war, der ein bisschen schief geguckt hat, dann nahm sich das womöglich schon wieder anders aus, da blieben vielleicht Vorbehalte und eine gewisse Vorsicht. Aber die Dynamik, die durch den Nationalsozialismus sogar in bürgerliche Familienbeziehungen kam,

war schon beachtlich: Etwa, wenn die jungen Bürgersöhne plötzlich die SS und deren schöne Uniformen attraktiv fanden. Das unglaubliche Tempo, der unglaubliche Leistungsfetischismus, der zumindest propagiert wurde – all das brachte die deutsche Gesellschaft doch in kurzer Zeit in einen neuen Aggregatzustand. Und in diesem neuen Aggregatzustand, zumal dann im Krieg, wurden all jene Verbrechen plötzlich möglich, die nach 1945 als Erfahrung erst einmal abgespalten wurden.

Jörg Thadeusz: Ich möchte Ihnen noch eine abschließende Frage stellen: Wenn ich Diktatur im Schilde führe, wenn ich Lust auf Diktatur habe, kann ich mich dann, nach dem, was sie bisher an Forschung mitbekommen haben, auf bürokratische Institutionen verlassen? Sind das Personen, die mitziehen werden?

Norbert Frei: Hans Mommsen, mein Vorgänger in Bochum, hat sich ein ganzes Forscherleben lang an der Frage des Versagens der alten Eliten und gerade auch der bürokratischen Funktionseliten abgearbeitet. Das hatte auch einen autobiographischen Hintergrund. Er wollte den Nationalsozialismus als das Versagen der Politik und der Eliten beschreiben. Ich glaube, wir müssen es in dem Sinne ein Stück tiefer hängen, dass wir konstatieren: Bürokratien sind relativ unkompliziert umzupolen – wenn Sie so wollen, zu missbrauchen. Gerade Funktionseliten schaffen es, sich die Dinge intellektuell so zurechtzulegen, dass sie weiterfunktionieren können. Und vergessen Sie bitte nicht – gerade im Fall des Nationalsozialismus ist das sehr wichtig –, die Bedrohung durch den „Dual State“: Das Regime konnte neben jede existierende Bürokratie eine Parteiorganisation stellen und ersterer dann auch Funktionen wegnehmen. Das war das Folterwerkzeug für die Bürokraten nach dem Motto: Wenn die staatlichen Einrichtungen nicht im NS-Sinne funktionieren, dann übernimmt eben die Partei oder die SS.